



Tätigkeitsbericht 2025

Staatssekretariat für internationale Finanzfragen SIF



Treppenhaus im Bernerhof, Sitz des SIF

Ein wichtiges Signal für einen auch in Zukunft innovativen Finanzstandort Schweiz hat der Bundesrat dieses Jahr mit der Eröffnung der Vernehmlassung für eine Änderung des Finanzinstitutsgesetzes gegeben. Die Vorlage soll die heutige «Fintech-Bewilligung» verbessern und den Umgang mit Stablecoins sowie anderen Kryptowährungen verlässlicher regeln. Zudem wurde im SIF ein neuer Fachbereich für Innovation geschaffen, welcher das Pilotprojekt Financial Innovation Desk (FIND) nach zwei Jahren ablöst.

Im internationalen Steuerbereich steht die Umsetzung des OECD-Standards zur Mindestbesteuerung grosser Unternehmen weiter im Fokus. Im abgelaufenen Jahr hat das SIF zudem 6 Doppelbesteuerungsabkommen neu abgeschlossen oder revidiert und über 250 Verständigungsverfahren mit Steuerbehörden anderer Länder durchgeführt. Der Austausch von Informationen über Finanzkonten mit über 100 Staaten im Steuerbereich funktioniert einwandfrei, mit der EU konnte das revidierte Abkommen über diesen Informationsaustausch unterzeichnet werden.

Das Eidgenössische Parlament hat zudem zwei wichtige Finanzplatzvorlagen in den Schlussabstimmungen genehmigt: Einer-

seits tritt das wegweisende Finanzdienstleistungsabkommen mit dem Vereinigten Königreich am 1. Januar 2026 in Kraft. Und andererseits kann mit der Einführung eines Transparenzregisters für wirtschaftlich Berechtigte von Firmen und anderen Rechtseinheiten sowie Sorgfaltspflichten für gewisse Beratungstätigkeiten die Schweiz Lücken in ihrer Abwehr von Geldwäscherei schliessen und die Wettbewerbsfähigkeit des Finanzstandortes weiter stärken.

Die Konsequenzen aus der staatlich abgesicherten Übernahme der Credit Suisse durch die UBS vor bald drei Jahren beschäftigen das Staatssekretariat für internationale Finanzfragen SIF nach wie vor stark. 2025 hat der Bundesrat auf Vorarbeit des SIF ein Massnahmenpaket mit Eckwerten für Gesetzesänderungen festgelegt und zwei Vernehmlassungen dazu eröffnet. Ziel ist es, die Risiken für den Staat, Steuerzahlende und die Volkswirtschaft zu verringern und gleichzeitig über geeignete Rahmenbedingungen auch für global ausgerichtete Finanzinstitute zu verfügen.

Informationen zu diesen und weiteren Geschäften des SIF finden Sie auf der folgenden Doppelseite sowie eine Übersicht über alle Gesetzgebungsprojekte und Abkommen auf Seite 4.

Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF)

Das SIF vertritt die Interessen der Schweiz in internationalen Finanz-, Währungs- und Steuerfragen. Es engagiert sich für gute Rahmenbedingungen für einen sicheren, wettbewerbsfähigen und weltweit anerkannten Finanz- und Unternehmensstandort.



Das Jahr 2025 im Überblick

Innovation

Am 22. Oktober hat der Bundesrat die Vernehmlassung zur **Änderung des Finanzinstitutsgesetzes**, die zwei neue Lizenzen für Zahlungsmittelinstitute (Stablecoins) und für Krypto-Institute vorsieht, eröffnet. Damit soll die Attraktivität der Schweiz für innovative und technologiegetriebene Geschäftsmodelle erhöht werden. Die Vernehmlassung dauert bis zum 6. Februar 2026. Per 1. September 2025 wurde das 2023 gegründete **Financial Innovation Desk (FIND)** ins SIF überführt. Dies erlaubt die bestmögliche Förderung der Innovation im Finanzsektor. Im Mai hat das SIF in Zusammenarbeit mit Singapur die vierte Ausgabe der internationalen Fintech-Konferenz **Point Zero Forum** in Zürich organisiert. Am 5. Dezember wurde der Bundesrat zudem über die weiteren Schritte zur Konkretisierung des **Digital Finance-Berichts von 2022** und am 12. Dezember über den Stand der Dinge im Bereich **Open Finance** informiert.

Geldwäschereibekämpfung / FATF

Der Bundesrat hat am 15. Oktober eine Verordnung zur Geldwäschereibekämpfung in die Vernehmlassung geschickt. Die Vorlage konkretisiert das vom Parlament im September verabschiedete **Register der wirtschaftlich Berechtigten** sowie die **Ausweitung des Geldwäschereigesetzes auf bestimmte Beratungstätigkeiten**. Die Vernehmlassung dauert bis 30. Januar 2026. Die Massnahmen sollen 2027/2028 beim nächsten Länderexamen der Schweiz durch die **Financial Action Task Force (FATF)** berücksichtigt werden können.

Sustainable Finance

Im Juni hat der Bundesrat entschieden, die Revision der Verordnung zur **Klimaberichterstattung** von Firmen zu pausieren. Mit der Umsetzung dieser Verordnung soll zugewartet werden, bis Klarheit besteht über die übergeordneten Änderungen des Obligationenrechts sowie über die regulatorische Entwicklung in der EU.



Finanzstabilität

Am 6. Juni hat der Bundesrat die **Eckwerte zur Stärkung des Too-Big-To-Fail-Dispositivs** festgelegt und Massnahmen definiert. Dazu gehören strengere Eigenkapitalvorgaben, Anforderungen zur Stabilisierung und Abwicklung systemrelevanter Banken, eine bessere Liquiditätsversorgung in der Krise, ein Verantwortlichkeitsregime für Banken sowie mehr Kompetenzen für die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (FINMA). Gleichzeitig hat der Bundesrat eine Vernehmlassung zur Änderung der **Eigenmittelverordnung** eröffnet, die bis Ende September gedauert hat. Für die Bewertung von Aktiven wie Software oder latente Steueransprüche sollen strengere Bestimmungen gelten. Am 26. Sep-

tember hat der Bundesrat die Vernehmlassung zur **Änderung des Bankengesetzes und der Eigenmittelverordnung** eröffnet. Die Anpassungen enthalten Anforderungen, wie Beteiligungen an ausländischen Tochtergesellschaften künftig mit Eigenkapital zu unterlegen sind. Die Vernehmlassung dauert bis am 9. Januar 2026. Der vom Bundesrat bereits 2023 verabschiedete Public Liquidity Backstop (PLB) bleibt im Parlament sistiert.

Versicherungsstandort Schweiz

Der Bundesrat will den Versicherungsstandort Schweiz stärken, indem er die **Rückversicherungsvermittlung** von der Aufsicht durch die Finma ausnimmt. Er hat dazu von Mai bis September eine Vernehmlassung zur Änderung des Versicherungsaufsichtsrechts durchgeführt und noch im Dezember die Botschaft verabschiedet.

Finanzierung von Gebäudeschäden bei Erdbeben

GrundeigentümerInnen sollen sich bei einem Erdbeben an den Kosten von Gebäudeschäden beteiligen. Der Ständerat hat sich dagegen ausgesprochen. Der Nationalrat wird sich in der Frühlingssession 2026 damit befassen.

Amtshilfe im Aufsichtsbereich

Am 12. September hat der Bundesrat die Botschaft zur **Änderung des Finanzmarktaufsichtsgesetzes** sowie weiterer Erlasse verabschiedet. Ziel der Gesetzesänderungen ist es, den schweizerischen Rechtsrahmen für die internationale Zusammenarbeit (Amtshilfe) im Finanzmarktbereich an die aktuellen Anforderungen im grenzüberschreitenden Finanzgeschäft anzupassen.

Börsenschutzmassnahme

Per 1. Mai hat die Schweiz die Europäische Union (EU) von der Liste der von der Börsenschutzmassnahme betroffenen Jurisdiktionen gestrichen. Die Massnahme hatte der Bundesrat 2019 als Reaktion auf die Nicht-Anerkennung der Börsenäquivalenz durch die EU zum Schutz des Schweizer Börsenplatzes erlassen. Mittlerweile hat die EU die entsprechenden rechtlichen Grundlagen revidiert, damit war die Schweizer Schutzmassnahme gegenüber der EU nicht mehr nötig.

Internationale Beziehungen

2025 fanden bilaterale Treffen und Dialoge u.a. mit folgenden Partnern statt: **Australien, China, Deutschland, Europäische Union, Frankreich, Japan, Italien, Katar, Liechtenstein, Luxemburg, Österreich, Polen, Saudi-Arabien, Singapur, Südafrika, USA, Vereinigte Arabische Emirate und Vereinigtes Königreich.**



Finanzdienstleistungsabkommen Schweiz-UK

Am 1. Januar 2026 tritt das Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich (UK) über die **gegenseitige Anerkennung im Bereich der Finanzdienstleistungen** in Kraft. Das Abkommen ermöglicht zusätzliche grenzüberschreitende Dienstleistungen, stärkt die Wettbewerbsfähigkeit und fördert die Zusammenarbeit zwischen den beiden Finanzplätzen.

G20

Die Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer ist das informelle internationale Forum für die Koordination von Wirtschaftspolitik und Regulierung. Die Schweiz wird seit mehreren Jahren regelmässig zum Finanzsegment (Finance Track) eingeladen, an dem sie sich zu **Kernfragen des globalen Finanzsystems** einbringen kann. Unter der Präsidentschaft Südafrikas setzte sich die G20 mit Themen wie der globalen Wirtschaftslage und Schuldensituation, der Stabilität und Weiterentwicklung der internationalen Finanzarchitektur sowie internationalen Steuerthemen auseinander. 2026 werden die USA die G20 präsidieren, die Schweiz ist wiederum zur Teilnahme an den Arbeiten des Finance Track eingeladen.



Internationaler Währungsfonds (IWF)

Hauptaufgabe des IWF ist die Gewährleistung der Stabilität des globalen Finanz- und Währungssystems. Die Beurteilung der Wirtschafts- und Finanzlage seiner Mitgliedsstaaten ist ein Bestandteil seiner Überwachungstätigkeit. Zum **Abschluss der jährlichen Länderprüfung** hat der IWF im Juli die Resilienz der Schweizer Wirtschaft gewürdigt. Herausforderungen für die Behörden hat der IWF bei den Staatsausgaben und bei der Stärkung der Finanzstabilität geortet.

Financial Stability Board (FSB)

2025 hat das FSB, das zentrale Gremium zur Förderung der globalen Finanzstabilität, den Fokus auf die Überwachung und die Umsetzung von Reformen gelegt. Zudem befasste es sich mit der Abwicklungsfähigkeit systemrelevanter Versicherungsgruppen sowie den Risiken bei der Nichtbanken-Finanzintermediation (NBFi). Im Oktober 2025 hat das FSB einen Review zur Umsetzung der globalen Standards für Kryptowährungen und Stablecoins veröffentlicht. Die Schweiz engagierte sich weiterhin in den Arbeiten zu TBTF und Resolution.

Informationsaustausch zu Steuerzwecken

2025 übermittelte die Schweiz im Rahmen des automatischen Informationsaustauschs (**AIA**) Daten zu rund 3,8 Mio. Finanzkonten an 110 Staaten und erhielt Daten zu 3,5 Mio. Finanzkonten. Weiter wurden 2025 spontan rund 500-mal Informationen über Steuervorbescheide (**Rulings**) ausgetauscht. Zudem ist der Austausch mit 104 Partnerstaaten für länderbezogene Berichte multinationaler Unternehmen (**Country-by-Country Reporting**) aktiviert. Im Mai hat der Bundesrat die Botschaft

über den **AIA zu Lohndaten** verabschiedet. Dies ermöglicht den Informationsaustausch, den die Schweiz mit Frankreich und Italien vereinbart hat. Im September hat das Parlament die **Grundlagen für den geänderten AIA-Standard** genehmigt. Diese treten am 1. Januar 2026 in Kraft. Der geänderte OECD-Standard für den AIA über Finanzkonten wird ab 2026 umgesetzt. Der neue AIA über Kryptowerte wird frühestens 2027 mit Partnerstaaten umgesetzt. Im Herbst fand eine Vernehmlassung zur **Einführung des AIA über Finanzkonten mit acht weiteren Staaten** statt, das Inkrafttreten ist frühestens per 1. Januar 2027 vorgesehen. Weiter hat der Bundesrat am 22. Oktober die Vernehmlassung zum **Abkommen Schweiz - EU über den AIA über Finanzkonten** eröffnet. Das Abkommen wird an den OECD-Standard angepasst und ermöglicht Amtshilfe beim Einziehen von Mehrwertsteuerforderungen. Die Vernehmlassung dauert bis zum 6. Februar 2026.

Mindestbesteuerung OECD

2025 liefen Verhandlungen über eine Koexistenz des US-Steuersystems mit der OECD-Mindeststeuer. Am 12. September hat der Bundesrat die Botschaft zur Genehmigung der GloBE-Vereinbarung verabschiedet – **die Grundlage zum Informationsaustausch bei der OECD-Mindestbesteuerung**. Die betroffenen Unternehmensgruppen sollen die Informationen zentral in einem Staat einreichen können.



Doppelbesteuerungsabkommen (DBA)

DBA vermeiden die Doppelbesteuerung. Sie sind ein wichtiges Element zur Förderung internationaler Wirtschaftsaktivitäten. Die Schweiz hat DBA **mit mehr als 100 Staaten** und baut dieses Netz weiter aus. Dieses Jahr wurden mit 7 Staaten Verhandlungen geführt, davon konnten 6 abgeschlossen werden.

Verständigungsverfahren

Wenn trotz DBA eine **Doppelbesteuerung eintritt oder droht**, können in der Schweiz ansässige Steuerpflichtige beim SIF ein Verständigungsverfahren beantragen. Die meisten Verfahren betreffen europäische Staaten. Im Jahr 2024 (neuste verfügbare Zahlen) wurden in der Schweiz 278 internationale Verständigungsverfahren abgewickelt.

FATCA

Der «Foreign Account Tax Compliance Act» verpflichtet ausländische Finanzinstitute, den US-Steuerbehörden Informationen über US-Konten weiterzugeben bzw. eine Steuer zu erheben. Der Bundesrat hat eine Vernehmlassung zur Änderung des FATCA-Modells durchgeführt. Derzeit liefert die Schweiz Informationen zu Finanzkonten an die USA (Modell 2). In Zukunft wird sie auch **Informationen der USA** erhalten (Modell 1). Der Modellwechsel soll am 1. Januar 2028 in Kraft treten.

Finanzmarkt

Notverordnung, Eigenmittelverordnung und Bankengesetz	Einführung einer staatlichen Liquiditätssicherung für systemrelevante Banken (Public Liquidity Backstop, PLB), Überführung Notverordnung in ordentliches Recht. Bestimmungen für die Bewertung von Aktiven wie Software oder latente Steueransprüche. Anforderungen an systemrelevante Banken in der Schweiz bezüglich der Unterlegung von Beteiligungen an ausländischen Tochtergesellschaften mit Eigenkapital.	<u>Im Parlament (sistiert):</u> Inkrafttreten: frühestens 2026 <u>In Bearbeitung:</u> Inkrafttreten 1. HJ 2026 <u>Vernehmlassung:</u> 26.09.2025 - 09.01.2026
Finanzinstitutsgesetz (FINIG)	Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Marktentwicklung, die Standortattraktivität und die Integration innovativer Finanztechnologien in das bestehende Finanzsystem.	<u>Vernehmlassung:</u> 22.10.2025 - 06.02.2026
Finanzmarktaufsichtsgesetz (FINMAG)	Anpassung des Rechtsrahmens für die int. Zusammenarbeit im Finanzmarktbereich an die heutigen Gegebenheiten sowie die Bedürfnisse des Schweizer Finanzplatzes.	<u>Im Parlament:</u> Inkrafttreten: frühestens 2027
Finanzmarktinfrastrukturgesetz (FinfraG)	Berücksichtigung technologischer Entwicklungen sowie Weiterentwicklungen relevanter internationaler Standards und ausländischer Rechtsordnungen.	<u>In Bearbeitung:</u> Inkrafttreten frühestens 2028
Mutual Recognition Agreement mit dem Vereinigten Königreich (UK)	Abkommen im Bereich Finanzdienstleistungen zur Erleichterung grenzüberschreitender Geschäftstätigkeit.	<u>Inkrafttreten:</u> 01.01.2026
Gesetz über die Transparenz juristischer Personen (TJPG)	Einführung u.a. eines eidgenössischen Registers der wirtschaftlich Berechtigten von juristischen Personen und Sorgfaltspflichten für speziell risikobehaftete Beratungstätigkeiten.	<u>Im Parlament:</u> Inkrafttreten 2026
Verordnungen über die Transparenz juristischer Personen (TJPV)	Konkretisierung des TJPG und der risikobehafteten Beratungstätigkeiten.	<u>Vernehmlassung:</u> 15.10.2025 - 30.01.2026
Verordnung über die Berichterstattung über Klimabelange	Anpassung an neueste internationale Entwicklungen.	<u>Aufgeschoben</u>
Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG)	Deregulierung im Bereich der Vermittlung von Rückversicherungsverträgen (Umsetzung der Mo. 24.3208), gleichzeitig sollen einzelne technische Aspekte im VAG angepasst werden.	<u>Im Parlament:</u> Inkrafttreten frühestens 2027

Steuern

Automatischer Informationsaustausch (AIA) über Kryptowerte	Umsetzung des neuen AIA über Kryptowerte mit relevanten Partnerstaaten.	<u>Im Parlament:</u> Inkrafttreten frühestens 2027
Bundesgesetz AIA über Lohndaten	Austausch von Informationen, die für die Besteuerung von Grenzgängerinnen und Grenzgängern erforderlich sind.	<u>Im Parlament:</u> Inkrafttreten frühestens 2026
OECD-Mindestbesteuerung: Multilaterale Vereinbarung zum Informationsaustausch	Betroffene multinationale Unternehmensgruppen sollen künftig die relevanten Informationen zentral in einem Staat einreichen können.	<u>Im Parlament:</u> Inkrafttreten frühestens 1. Juli 2026
Doppelbesteuerungsabkommen (DBA)	DBA mit <u>Simbabwe</u> unterzeichnet. Änderungsprotokolle unterzeichnet mit <u>Belgien</u> und <u>Kroatien</u> , diejenigen mit <u>Deutschland</u> , <u>Frankreich</u> , <u>Serbien</u> , <u>Ungarn</u> und den <u>Vereinigten Arabischen Emiraten</u> sowie das DBA mit <u>Jordanien</u> traten in Kraft.	<u>Länderübersicht</u>
FATCA nach Modell 1	Wechsel von Modell 2 auf Modell 1, das den gegenseitigen automatischen Informationsaustausch vorsieht.	<u>Inkrafttreten:</u> frühestens 2028

Verschiedene

Bundesverfassung (Finanzierung von Gebäudeschäden bei Erdbeben)	Bund soll die Kompetenz erhalten, im Fall eines Erdbebens Beiträge zur Finanzierung der durch das Erdbeben verursachten Gebäudeschäden zu erheben.	<u>Im Parlament:</u> Inkrafttreten frühestens 2028
Bundesbeschluss (Ressourcen Internationaler Währungsfonds, IWF)	Anpassung des von der Schweizerischen Nationalbank (SNB) bereitgestellten Beitrags der Schweiz an die Ressourcen des IWF.	<u>Im Parlament:</u> Inkrafttreten frühestens 2026